

Ultima ratio.

Der Zwischenfall, der durch die Annahme des Sprachenantrages Franta zur Geschäftsordnung im Abgeordnetenhaus eingetreten ist, ist überstanden, ohne daß es zu der von mancher Seite nur allzu gern befürchteten Sprengung des Hauses gekommen wäre, und die neue Geschäftsordnung ist mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen worden. Sehr schön! Aber ein Tag, ein Arbeitstag, ist mit den zwecklosen Verhandlungen über eine Rücknahme des Antrages Franta verloren worden, und das ist, nach so langer Parlamentspause und bei so großen Arbeitsrückständen, gewiß sehr bedauerlich, besonders bedauerlich, da gerade die deutschen Parteien, die sonst mit Recht im Parlament zur Arbeit antreiben, das Versäumnis verschuldet haben. Welchen Sinn sollten die aufregenden Verhandlungen, die einen ganzen Tag in Anspruch nahmen und wahrscheinlich manche Bestimmungen unter den Parteien zurückließen, eigentlich haben? Der tschechische Antrag war in korrekter Abstimmung angenommen worden, die Deutschen waren unterlegen. Es war vorauszu sehen, daß die Tschechen den Erfolg, den ihnen die Abstimmung gebracht hatte, nicht freiwillig aufgeben würden. Wozu hätten sie denn sonst den Antrag eingebracht? Zwingen aber konnte man sie zur Zurücknahme des Antrages oder der Abstimmung nicht. Der Nationalverband war nicht gut beraten, als er beschloß, wegen des Antrages Franta die ganze

neue Geschäftsordnung, von der man die dauernde Arbeitsfähigkeit des Hauses erhofft, abzulehnen und so eine neue Verwirrung heraufzubeschwören, die vielleicht bald zur Arbeitsunfähigkeit des Hauses geführt hätte. Abstimmungen im Parlament dürfen nicht durch augenblicklichen Aerger diffamiert werden. Wenn einer, sei es durch eigene Unachtsamkeit, sei es durch eine List des Gegners, eine Partie verloren hat, so darf er deswegen nicht gleich das ganze Spiel zusammenschlagen. Solange die Abstimmung im Parlament nicht erfolgt ist, ist es jedes der beiden Gegner Recht und Pflicht, alle erlaubten Mittel anzuwenden, um sich die Majorität zu verschaffen. Sobald aber die Abstimmung erfolgt ist, muß ihr Ergebnis von beiden Parteien anerkannt werden, und die unterliegende Partei darf am allerwenigsten die Haltung verlieren. Mit der Abstimmung muß aller Streit beendet sein, sie ist das Gottesgericht im Parlament. Daß aber nach der Abstimmung der Streit erst eigentlich angeht, das widerspricht den Spielregeln des Parlaments. Die Christlichsozialen und die deutschen Sozialdemokraten haben auch in diesem Sinne in der dritten Lesung die Geschäftsordnung getratet.

Doch auch die Sieger in diesem ersten parlamentarischen Treffen sollten sich an die Spielregeln halten. Von ihrer Haltung in der Zukunft wird es abhängen, ob nicht der Antrag Franta schließlich doch zu einer mutwilligen Störung der parlamentarischen Tätigkeit führt. Ihren Erfolg haben sie. Die von ihnen seit Jahrzehnten angestrebte Gleichberechtigung aller Landessprachen im Parlament haben sie erreicht. Ihr Prinzip ist in die Gesetzgebung aufgenommen — aber damit müssen sie sich auch in der Hauptsache begnügen. Einen babylonischen Turmbau dürfen sie darum aus dem Parlament nicht machen. Das Recht auf nicht-deutsche Reden besitzen sie, aber sie dürfen es nicht maßlos ausnützen, weil es sonst mit den Lebensbedingungen des Parlaments in Widerspruch käme. Durch unsinnigen Gebrauch kann man ein jedes Recht auf dem praktischen Gebiet der Politik ad absurdum führen. Jedem Staatsbürger steht — um ein Beispiel zu singieren — nach unserer Verfassung das Petitionsrecht zu. Niemand hat an diesem Recht noch Anstoß genommen. Warum? Weil es maßvoll ausgeübt wird. Wohin kämen wir aber, wenn nun sämtliche 2 Millionen Staatsbürger sich in den Kopf setzen würden, täglich von ihrem Petitionsrecht Gebrauch zu machen und mit ihren Millionen täglich zu strömenden Petitionen das Parlament förmlich zu blockieren und zu jeder anderen Arbeit unfähig zu machen? Man müßte dann das Petitionsrecht schließlich um höherer Zwecke willen abschaffen. Auch die Gleichberechtigung kann man durch unvernünftigen Gebrauch ad absurdum führen. Das sollten sich die Nicht-Deutschen, die heute auf diesem Gebiet einen Erfolg errungen haben, immer vor Augen halten. Und sollten nächstens einmal die Tschechen, Polen oder sonstige Nicht-Deutsche in einer ihnen noch so wichtig erscheinenden Angelegenheit in der Minorität bleiben, dann sollen sie nicht gleich böse werden und „auf das ganze Parlament pfeifen“, sondern die Abstimmung ehren, die, wie immer sie auch ausfällt, im parlamentarischen Leben die ultima ratio ist oder mindestens sein soll.